

M Ü N D L I C H E A N F R A G E

Fraktion DIE LINKE.
Kristin Klaudia Kaufmann

Sitzung am: 11.07.2013

Gegenstand:

Neubauprojekte in Flutgebieten

Fragen:

„Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

in einem Interview mit der Sächsischen Zeitung vom 10.06.2013 mit dem Titel „Sicherheit ist wichtiger als ein schöner Elbblick“ erklärten Sie, dass Bauvorhaben in Dresdner Überschwemmungsgebiet zur Disposition gestellt und neu darüber verhandelt werden soll, Zitat: „Meist gab es das Baurecht bereits oder es wurde so beschlossen. Hier werden wir alte Entscheidungen neu prüfen müssen.“ Auch Sachsen Umweltminister Kupfer und Innenminister Ulbig appellierten an die Kommunen, Neubauprojekte in Flutgebieten noch einmal genau zu prüfen.

Dennoch werden in Dresden Bauvorhaben wie die Hafencity oder die Wohnbebauung an der Sternstraße in Mickten unverdrossen fortgeführt.

Wie haben Sie, Frau Oberbürgermeisterin, dieses öffentlich getätigte Versprechen in die Verwaltungspraxis umgesetzt?

Welche konkreten Maßnahmen haben Sie ergriffen?“

Nachfrage:

„Ich teile Ihre zweite Aussage nicht, obwohl weder der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau, noch der Ortsbeirat Neustadt den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Hafencity jemals diskutiert, geschweige denn getroffen haben, ist dieser Bebauungsplan bereits seit mehreren Wochen in der frühzeitigen Bürgerbeteiligung. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung ist damit quasi vorweggenommen, dem politischen Beschluss in einem Überschwemmungsgebiet nicht zu bauen bzw. zu bauen. Erstens und zweitens, im Zusammenhang damit: Wie kann es sein, dass der Investor aktuell auf in der öffentlichen Bürgerbeteiligung gemachte Statements Zugriff hat? Wie kann es sein, dass er jene, die sich öffentlich bzw. schriftlich in der Stadtverwaltung geäußert haben, aufsuchen kann?“

Nachfrage:

„Eine kurze Erwiderung: Es stimmt nicht, dieser Aufstellungsbeschluss ist nicht auf den Weg gebracht worden, Herr Marx. Damit gibt es eigentlich keine frühzeitige Bürgerbeteiligung, kann es nicht geben und ich frage dennoch, warum kann USD auf die Adressaten der frühzeitigen Bürgerbeteiligung zugehen, woher haben die das Wissen, dass diese nichtöffentlichen Einwendungen getätigt wurden?“

